

Volksbegehren gegen Massentierhaltung
in Brandenburg noch bis zum 14.1.2016



Gefährliches Doping im Stall

Der exzessive Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung bedroht eine der größten Errungenschaften der Medizingeschichte.

Bewegen wir uns auf ein post-antibiotisches Zeitalter zu, wie die Weltgesundheitsorganisation warnt? Ihren Schätzungen zufolge sterben in Europa jährlich 25.000 Menschen an Infektionen, die seit der Erfindung der Antibiotika vor rund 80 Jahren eigentlich behandelbar sind. Andere Experten gehen von wesentlich mehr Sterbefällen aus. Nach dem Motto „sicher ist sicher“ verschreiben viele Hausärzte seit Jahrzehnten bedenkenlos Antibiotika, auch wenn gar nicht klar ist, ob wirklich eine bakterielle Infektion vorliegt oder nicht vielleicht doch eine virale Erkrankung, gegen die Antibiotika nichts ausrichten können.

Der größte Teil der Antibiotika wird in der Massentierhaltung verabreicht. Bundesweit 1.238 Tonnen Antibiotika verkaufte die Pharmaindustrie 2014 an die Veterinärmediziner – das ist etwa die vierfache Menge dessen, was in der Humanmedizin zum Einsatz kommt. Neun von zehn Masthähnchen bekommen im Lauf ihres kurzen Lebens Antibiotika. Sind all diese Tiere wirklich krank? Angesichts der qualvollen Enge in den Tierfabriken, die die gegenseitige Ansteckung fördert, und des permanenten Stresses, unter dem die Masttiere stehen, wäre es kein Wunder. Nur: Mit Sicherheit weiß man es nicht, da sich kein Tierarzt die Mühe macht, sämtliche Tiere im Stall zu untersuchen. Stattdessen wird vorbeugend der ganze Bestand behandelt. Bei dieser sogenannten Metaphylaxe mischen die Mäster einfach Medikamente in Futter und Trinkwasser. Ob die tatsächlich kranken Tiere eine ausreichende Dosis erhalten, die die zu bekämpfenden Bakterien tötet, bleibt dem Zufall überlassen, dafür steigt das Risiko,

dass sich Resistenzen bilden. Und die nun antibiotikaresistenten Keime finden früher oder später den Weg zum Menschen, etwa über das Grundwasser und die Luft.

Für die Tierärzte ist die Verabreichung von Antibiotika nicht nur einfach, sondern auch lukrativ, schließlich sind sie am Arzneiumsatz beteiligt. Doch was haben die Tierhalter von dieser biologischen Keule? Zum einen wollen sie sichergehen, dass möglichst viele Tiere die Schlachtung erleben, was bei den Zuständen in den Tierfabriken keine Selbstverständlichkeit ist. Zum anderen haben Antibiotika eine lange Tradition als wachstumsfördernde Mittel. Sie zu diesem Zweck einzusetzen, ist in der EU seit 2006 verboten. Aber wer unbedingt dopen will, findet unter zehntausenden Tieren immer eines, das die passenden Symptome zeigt – und schon wird der ganze Stall behandelt.

Was macht die Politik?

Seit Mitte 2014 müssen die Betreiber von Massentierhaltungsanlagen melden, wie viel Antibiotika sie verfüttern. Dass Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt verhindern möchte, dass Ergebnisse dieser Erhebung in die Öffentlichkeit kommen, hat einen einleuchtenden Grund: Die Daten haben kaum Aussagekraft, weil die Massentierhalter die Erhebung sabotieren können. Was viele von ihnen nach Kräften tun, wie die Lage in Brandenburg zeigt. Die Landesregierung sieht sich außer Stande, die Gesamtmenge der verabreichten Tiermedikamente zu beziffern, denn „ein Teil der durch die Tierhalter mitgeteilten Werte erwies sich als nicht plausibel.“

Konsequenz: keine. Die gesetzliche Vorgabe ist eigentlich ganz einfach. Betriebe ab einer gewissen Größe müssen melden, wenn sie Antibiotika einsetzen, und darlegen, wie viele Tiere wie lange welche Medikamente bekommen haben. Wenn sie keine Antibiotika einsetzen, müssen sie nichts melden. Überschreitet die Arzneimenge eine bestimmte Grenze, müssen sie einen Plan zur Reduzierung vorlegen. Das Problem ist nur: Wer nicht melden möchte, meldet nicht. Und wer meldet, kann melden, was er will. Kontrolle findet nicht statt.

Aber es bewegt sich etwas bei den beiden Regierungsfraktionen im Bundestag. Die SPD will die Menge der verfütterten Antibiotika halbieren, die Union möchte Reserveantibiotika nur noch eingeschränkt im Stall verwendet sehen und „Fehlansätze im Vergütungssystem der Tierärzte“ abschaffen. Diese Vorstöße sind löblich. Aber sie werden nur dann Realität, wenn eine kritische Öffentlichkeit weiter Druck macht. *sp*

Die konsequenteste Möglichkeit, das für Menschen gefährliche Doping in den Tierfabriken zu stoppen, ist der Ausstieg aus der Massentierhaltung. Ein großer Schritt in diese Richtung gelingt uns, wenn wir das Volksbegehren gegen Massentierhaltung in Brandenburg zu einem Erfolg machen. Wie das genau funktioniert und welchen Beitrag auch die Berlinerinnen und Berliner dazu leisten können, lesen Sie in der Randspalte von Seite 3.
www.volksbegehren-massentierhaltung.de

Inhalt

THEMA Antibiotika

Mieser Kuhhandel: TTIP
Seite 2

„Immer mehr Antibiotika sind keine Lösung“:
Interview mit Allgemeinmediziner Knut Horst
Seite 3

AKTUELL

Sulfat im Wasser:
Wer zahlt die Zeche?
Seite 4

Wachsen mit der Tram
Seite 4

Gerichtsurteil: Nur Natur
kann Natur ersetzen
Seite 5

Nein zur dritten Startbahn
Seite 5

Von wegen vegetarisch:
Versteckte Tiere in
Lebensmitteln
Seite 6

BUNDjugend aktiv
gegen Massentierhaltung
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Die Eichwerder
Moorwiesen
Seite 7

KURZ & BUND

Antibiotika in Zahlen
Seite 8

Gewinnspiel:
BIO kommt mir
in die Tasche
Seite 8

Mieser transatlantischer Kuhhandel

Mit TTIP könnte es der Fleischindustrie gelingen, missliebige Gesundheits-, Umwelt- und Tierchutzstandards aufzuweichen.

Wieso bekommen gesunde Tiere Antibiotika? Aus Sicht der Massentierhalter ist es vorteilhaft, wenn Schweine, Hühner oder Puten schneller wachsen und weniger Futter für die Gewichtszunahme brauchen. Genau das ermöglichen antibiotisch wirkende Stoffe, da sie bestimmte Bakterien im Darm bekämpfen, sodass das Tier mehr Nährstoffe aus dem Futter verwerten kann. 2006 verbot die EU diese Masthilfe, in den USA ist sie erlaubt. Einen kleinen Schritt in Richtung der europäischen Regelung hat sich nun die US Food and Drug Administration bewegt, indem sie anordnete, dass Amerikas Farmer ab Oktober 2015 keine für die Humanmedizin besonders wichtigen Antibiotika, sogenannte Reserveantibiotika, mehr als Wachstumsbeschleuniger in der Tiermast einsetzen dürfen. „Normale“ Antibiotika bleiben aber erlaubt. Und zu therapeutischen Zwecken dürfen auch die Reserveantibiotika weiterhin in die Töpfe.

Mit dem Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) kommt zwar nicht direkt die Erlaubnis zur Antibiotikamast in Europas Ställe zurück, wohl aber das Fleisch von mit Antibiotika gemästeten Tieren in die Kühlregale, denn für Schlachtprodukte von der jeweils anderen Atlantikseite sollen alle Importbeschränkungen fallen. Bislang waren die Fleischmärkte verschlossen: Europa hatte die Einfuhr von US-Schweinefleisch untersagt, weil in der EU Wachstumshormone verboten sind. Die USA ließen mit Verweis auf BSE kein europäisches Rindfleisch nach Amerika. Wenn TTIP kommt, öffnen sich zwei Landwirtschaftsmärkte, auf denen bisher sehr unterschiedliche Regeln gelten. Das gilt nicht nur für den Umgang mit einzelnen Stoffen oder Verfahren wie Mast mit Antibiotika und Wachstumshormonen oder das viel diskutierte Chlorhühnchen, sondern auch für Grundsatzfragen. Beispiel Tierschutz: Auf dem Papier – wenn auch zumeist nur dort – gelten in der EU fünf Grundsätze im Umgang mit Nutztieren: Freiheit von Hunger und Durst, Freiheit von Unbehagen, Freiheit von Schmerzen, Freiheit von Angst, Freiheit zum Ausleben artgerechter Verhaltensweisen. In den USA gibt es auf Bundesebene lediglich ein Gesetz, das grausames Schlachten verhindern soll. Einzelne Bundesstaaten haben zudem Regelungen zur Haltung bestimmter Tiere, so etwa Kalifornien, das Legehennen 250 cm² Platz zugesteht.

Bloß keine Transparenz!

Für die Fleischindustrie bedeutet TTIP neue Märkte, für die europäischen Verbraucher hingegen weniger Wahlfreiheit: Ihnen fehlt die Möglichkeit, Produkte zu identifizieren, die von Tieren stammen, die mit Antibiotika oder Wachstums-



© Dwight Burdette

Auch in den USA hat die Fleischwerbung wenig mit der Realität der Massentierhaltung zu tun.

hormonen gedopt und nach dem Schlachten in einem Chemikalienbad desinfiziert wurden. Denn dazu wären eindeutige Kennzeichnungen nötig. Diese werden aber nicht kommen, weil Kennzeichnungspflichten nach TTIP eine „Diskriminierung“ darstellen. Das bedeutet beispielsweise, dass die Bundesregierung nicht ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag halten kann, eine Kennzeichnungspflicht für Fleisch von Tieren einzuführen, die mit gentechnisch verändertem Futter gemästet wurden – will sie nicht Klagen von dadurch „diskriminierten“ Unternehmen riskieren.

Für die bäuerliche Landwirtschaft bringt TTIP keine Vorteile. Wie soll sie mit den Farmern aus Übersee konkurrieren, die dank riesiger Flächen und minimaler gesetzlicher Regulierung deutlich billiger produzieren können? In Europa profitieren von TTIP die großen Tierfabriken, die angesichts der Sättigung des europäischen Markts nur zwei Optionen haben, um noch mehr Geld zu verdienen: entweder weltweit exportieren – oder die Produktionskosten senken, damit die Gewinnmarge größer wird. Da käme ein Wettbewerb um niedrigere Standards nach dem Motto „Was drüben erlaubt ist, darf hier nicht verboten sein“ doch überaus passend.

Mehr unter www.BUND.net/ttip



EDITORIAL

von Christine Kühnel und Burkhard Voß

Liebe Leserin, lieber Leser,

dürfen wir uns etwas von Ihnen zu Weihnachten wünschen? Sehr schön, wir haben da nämlich schon eine Idee: Unterstützen Sie mit dem BUND das Brandenburger Volksbegehren für den Ausstieg aus der Massentierhaltung! Wenn Sie im Land Brandenburg gemeldet und 16 Jahre oder älter sind, ist Ihre Unterschrift eine große Hilfe. Wie das geht, steht auf der gegenüberliegenden Seite in der Randspalte.

Wenn Sie nicht zu den in Brandenburg Wahlberechtigten gehören, aber Freunde, Verwandte oder Kollegen aus Brandenburg haben, freuen wir uns über Ihre Unterstützung bei der Werbung für das Volksbegehren. Leisten Sie hier Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit! Worum es bei dem Volksbegehren geht, lesen Sie in dieser BUNDzeit, die sich schwerpunktmäßig mit Antibiotikamissbrauch beschäftigt, einem Thema, das eng mit der industriellen Herstellung von Tieren verbunden ist.

Sollte Weihnachten nicht Ihr Ding sein, nehmen wir auch gern Neujahrsgeschenke an, im Rahmen des Volksbegehrens bis zum 14. Januar.

Wir wünschen Ihnen einen besinnlichen Jahresausklang und einen guten Start 2016!

Ch Kühnel B.V.

„Immer mehr Antibiotika sind keine Lösung“

Allgemeinmediziner Knut Horst über Übertragungswege von Bakterien, die Verantwortung von Human- und Veterinärmedizin und Hygiene in der Küche

BUNDzeit: Herr Dr. Horst, welche Krankheiten behandelt die Humanmedizin mit Antibiotika?

Knut Horst: Antibiotika kommen bei schweren bakteriellen Infektionen zum Einsatz, etwa bei Blasen-, Nieren-, Magen- und Darminfektionen, Wund- und Hautinfektionen, Infektionen der Atemwege, des Gehirns und der Hirnhäute.

Wie zeigt sich, ob die zu bekämpfenden Bakterien gegen Antibiotika resistent sind?

Nehmen wir mal an, Sie kommen mit den Symptomen einer Nierenbeckenentzündung in die Praxis. Sie bekommen ein bestimmtes Antibiotikum. Der Arzt gibt Ihren Urin ins Labor zur Anzucht der darin enthaltenen Bakterien in Petrischalen. Diese Kulturen setzt man einzelnen Antibiotika aus und sieht, ob die Bakterien aufhören zu wachsen. Auf diese Weise die Resistenzlage zu testen, dauert etwa drei Tage. Wenn Sie keine Besserung erfahren, kennt man so das Alternativantibiotikum, das wirkt.

Woher kommen die resistenten Keime?

Zu häufige Anwendung ohne Not, zu kurze Anwendungsdauer. Es gibt genetische Untersuchungen, um die verschiedenen Stämme der Bakterien zu unterscheiden, etwa den bekanntesten Krankenhauskeim, den Methicillin-resistenten Staphylococcus aureus (MRSA). Wenn man die in Deutschland vorkommenden MRSA-Keime mit solchen aus USA oder Indien vergleicht, so haben sie andere genetische Informationen. Weiter differenziert man zwischen durch die Tierhaltung begründeten Antibiotikaresistenzen (livestock-assoziierte MRSA, LA-MRSA) und anderen Formen.

Lässt sich nachweisen, dass bestimmte Keime aus der Tierhaltung den Weg zum Menschen finden?

Bauern haben natürlich Kontakt mit ihren Tieren, sie sind dann mit diesen Bakterien besiedelt und diese können beispielsweise Wundinfektionen verursachen. Das ist belegt. Ein Beispiel aus meiner Praxis: Patientin mit Blasenentzündung, die verschriebenen Antibiotika wirken nicht – resistenter Keim. Allerdings ist sie keine Risikopatientin, jung und gesund, war vorher nicht im Krankenhaus oder hatte keine Länder bereist, in denen viel mehr resistente Keime in der Bevölkerung unterwegs sind, weil Antibiotika ohne Verschreibung zu bekommen sind. Die Patientin könnte die Keime über das Essen aufgenommen haben, etwa über Gemüse, das mit Gülle gedüngt wurde. Es wird derzeit zu den verschiedenen Wegen der Keime aus den Ställen in die Humanpopulation geforscht. In größeren Mengen gelangen Bakterien über die Gülle, die auf dem Feld ausgebracht wird, in die Umwelt, ins Oberflächenwasser. Und über die Lüftung. Die industriellen Tiermastanlagen brauchen Entlüftung, weil sonst die Tiere an ihrem eigenen Ammoniakausstoß sterben. Mit der Abluft wird auch Staub in die Umgebungsluft gewirbelt, der trockenen Kot enthält. Man kann resistente Bakterien in Autos nachweisen, die hinter Tiertransportern gefahren sind. Problematisch ist der Austausch der genetischen Informationen zur Antibiotikaresistenz unter den Gülle- und Bodenbakterien, dadurch verbreiten sich Resistenzen in der Umwelt.

Gibt es regionale Unterschiede beim Auftreten von Antibiotikaresistenzen?

Ja. Studien zeigen einen Unterschied zwischen Regionen mit vielen großen Mastanlagen und solchen mit weniger vielen. Bei Aufnahme in Krankenhäuser wurden Menschen untersucht: Im Münsterland stammen rund ein Viertel der MRSA-Nachweise aus der Tierhaltung, im Süden Brandenburgs waren es nur ein Zehntel. Im Postleitzahlenbereich 16, Nordbrandenburg, stieg der Antibiotikaverbrauch in der Tierhaltung in den vergangenen drei Jahren um 16 Tonnen, Großmastanlagen sind in Brandenburg im Kommen.

Was tut die Pharmaindustrie gegen Resistenzen?

Sie betreibt die Entwicklung neuer Antibiotika nicht gerade mit Volldampf. Es gibt andere Bereiche in der Pharmazie, die lukrativer sind. Ich finde, es ist eine staatliche Aufgabe, das zu lenken. Aber immer mehr Antibiotika sind auch keine Lösung!

Sondern?

Weniger Antibiotika verordnen. Ich möchte da nicht mit dem Finger auf Bauern und Tierärzte zeigen – wir Humanmediziner sind die Hauptverantwortlichen für die bisherigen Probleme mit Krankenhausotiden durch MRSA. Der schnelle Griff zum Rezeptblock ist doch noch sehr verbreitet. Aber die Tierhaltung muss auch ihren Beitrag leisten, immerhin werden in der Veterinärmedizin bundesweit 1.200 Tonnen Antibiotika im Jahr verabreicht, in der Humanmedizin „nur“ 300 Tonnen. Die Gesamtmenge der Antibiotika muss verringert werden, das gilt für Menschen wie für Tiere.

Könnte man nicht bestimmte Wirkstoffe für die Humanmedizin reservieren?

Unbedingt! Neuere Wirkstoffe wie Fluorchinolone oder Cephalosporine der vierten Generation sollten der Humanmedizin vorbehalten sein. Wobei das ein Dilemma für die Tierärzte bedeuten kann: Wenn sie bestimmte Arzneien nicht mehr verschreiben dürfen, müssen sie vielleicht zusehen, wie zehntausende Tiere in einem Stall eingehen. Letztlich müssen sich die Tierhaltungsbedingungen so ändern, dass Antibiotika beim Nutzvieh unnötig werden.

Wie können wir uns praktisch vor möglicherweise antibiotikaresistenten Keimen schützen?

Obst und Gemüse gründlich waschen, Fleischprodukte gut durchgaren, Vorsicht beim Auftauwasser, Fleisch nie auf Holzbrettern ablegen – und natürlich immer Hände waschen! Richtig keimfrei wird das Essen zwar nie, aber wenigstens so keimarm, dass man nicht krank wird. Ich möchte vor „Sagrotanwahn“ warnen. Die wichtigere Frage ist: Was esse ich? Der Fleischkonsum ist zu hoch. Empfohlen sind nicht mehr als 300 bis 600 Gramm pro Woche, der deutsche Durchschnittsmann isst knapp 1.100 Gramm. Das hat Folgen, nicht nur für die Resistenzentwicklung, sondern auch für Cholesterin, Blutdruck, Zucker und Übergewicht. Gleichzeitig ist der Massenkauf von Fleisch verwerflich, wenn man weiß, wie die Tiere gehalten werden. Weniger Fleisch wäre besser für Verbraucher, Bauern und Tiere.

Das Gespräch führte Sebastian Petrich



© privat

Zur Person

Dr. med. Knut Horst, Jahrgang 1975, Medizinstudium in Hamburg und Berlin, seit 2014 Hausarzt in Dallgow-Döberitz. Mitglied der „Ärzteinitiative gegen Massentierhaltung“ und bei „Mein Essen zahle ich selbst“, Vertreter des Brandenburger Volksbegehrens gegen Massentierhaltung. Seit 2007 selbst „Massentierhalter“ mit zeitweise über 400.000 Honigbienen im Garten.

Volksbegehren gegen Massentierhaltung

Worum geht es?

Brandenburg soll nur noch artgerechte Tierhaltung finanziell fördern, das Abschneiden von Schwänzen und Schnäbeln verbieten, eine(n) Tier-schutzbeauftragte(n) berufen und Verbänden ein Klagerecht zum Wohl der Tiere einräumen. Außerdem soll das Land Folgendes im Bundesrat unterstützen: Schutz vor Gestank und Staubbpartikeln aus Megaställen (Immissionsschutzrecht), weniger Gülle (Düngemittelverordnung), mehr Mitspracherecht für Kommunen bei der Genehmigung von neuen Tierfabriken, schärfere Regeln für den Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren. Antibiotika im Stall muss lückenlos dokumentiert werden.

Wo unterschreiben?

Beim Volksbegehren kann der BUND nicht einfach auf der Straße Unterschriften sammeln. Vielmehr müssen mindestens 80.000 Menschen, die ihren Hauptwohnsitz in Brandenburg haben und das 16. Lebensjahr bis zum Eintragungsende 14.1.2016 vollendet haben, ihre Unterschrift auf dem Gemeindeamt ihres Wohnorts leisten – oder sich wie bei der Briefwahl die Unterlagen nach Hause schicken lassen. Dazu trägt man lediglich Name, Adresse und Geburtsdatum auf der Internetseite des Volksbegehrens ein.

www.volksbegehren-massentierhaltung.de

Werben und spenden

Auch wenn Sie nicht in Brandenburg wohnen, können Sie das Volksbegehren gegen Massentierhaltung unterstützen. Zum Beispiel indem Sie dort Flyer verteilen, wo viele Menschen aus Brandenburg zu erwarten sind, etwa an Bahnhöfen, an denen S- und Regionalbahnen ins Umland fahren. Infomaterial können Sie unter 0331 23700141 oder info@volksbegehren-massentierhaltung.de bestellen. Und natürlich hilft auch jede Spende an BUND Brandenburg, IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00, Stichwort: Volksbegehren gegen Massentierhaltung

Bis 2020 ohne Braunkohle

Bis 2030 soll Berlin aus der Kohleverstromung aussteigen, aus der Braunkohle-energie schon 2020. Darauf haben sich die Energieexperten aller fünf Abgeordnetenhausparteien in der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ geeinigt. Wärmedämmung und Fernwärme sollen eine viel größere Rolle als bislang spielen. Lediglich beim Thema Stadtwerk und Rekommunalisierung der Netze gab die CDU Minderheitsvoten ab. Zu den sachverständigen Mitgliedern der Kommission gehörte auch die Berliner BUND-Vorsitzende Christine Kühnel.

Jetzt zu Ökostrom wechseln

Sorgen Sie dafür, dass Kohle- und Atomstrom keine Abnehmer mehr findet und wechseln Sie den Stromanbieter – wenn Sie es nicht schon längst getan haben. Um auf keine Pseudo-Ökostromangebote hereinzufallen, rät der BUND, nur zu Anbietern zu wechseln, die das „Grüner Strom“-Label der Umweltverbände tragen. www.gruenerstromlabel.de

Workshop „Verkehrszähler“

Wie können Kinder das Zufußgehen auf ihren alltäglichen Wegen trainieren, um sicher und eigenverantwortlich am Straßenverkehr teilzunehmen? Die Aachener Lehrerin Angela Baker-Price hat mit dem „Verkehrszähler-Programm“ ein ganzheitliches Schulwegkonzept entwickelt. 5.1.2015, 14–17 Uhr, BUND Berlin Crellestraße 35, Berlin, Anmeldung bei Gabi Jung, 030 78790013 oder jung@BUND-Berlin.de

Tüftlerinnen und Bastler gesucht!

Das Schöneberger Repair-Café wird so gut nachgefragt, dass der BUND weitere Ehrenamtliche sucht, die bei der Organisation und beim Reparieren helfen. Interesse? Kontakt: Daniel Affelt, 030 78790060, repaircafe@BUND-Berlin.de www.repaircafe-schoeneberg.de



Kraftwerk und Tagebau Jänschwalde

Wer zahlt die Zeche?

In Brandenburg hat die Diskussion begonnen, wer für die Sulfatbelastung des Trinkwassers verantwortlich ist. Das sollte Berlin eine Warnung sein, neue Tagebaue im Nachbarland nicht einfach hinzunehmen.

Michael Müller hat seinen Auftrag erfüllt. In seltener Einmütigkeit hatten ihn alle Fraktionen im Abgeordnetenhaus aufgefordert, sich bei der gemeinsamen Landesplanungskonferenz von Berlin und Brandenburg Anfang September gegen neue Braunkohletagebaue auszusprechen. Das hat er getan. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke widersprach erwartungsgemäß, wies auf die von der Braunkohle abhängigen Arbeitsplätze hin und erinnerte daran, dass Berlin weit davon entfernt ist, seinen Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen zu decken. Anschließend gingen die beiden SPD-Länderchefs wieder zur Tagesordnung über. Die Probleme, die mit der schmutzigen Energie aus der Lausitz verbunden sind, bleiben aber.

Während die verheerende Klimabilanz der Kohleverstromung für die meisten Menschen in der Region abstrakt bleibt, ist das Problem mit zu hohen Sulfatwerten im Wasser nicht mehr zu übersehen. Sulfat wird mit dem Sumpfungswässern aus den aktiven Tagebauen abgepumpt, um den Grundwasserspiegel bei der Braunkohleförderung niedrig zu halten und gelangt über die Fließgewässer ins Trinkwasser. Wenn Tagebaue stillgelegt werden und das Grundwasser steigt, kommt weiteres Sulfat in die Flüsse. Mittlerweile hat das Sulfat in der Spree in einer sehr bedenklichen Konzentration das Wasserwerk Briesen erreicht, das Frankfurt (Oder) versorgt. Zu viel Sulfat im Trinkwasser führt zu Erbrechen und Durchfall, vor allem Säuglinge und Kleinkinder vertragen wesentlich weniger von dem Schwefelsalz als gesunde Erwachsene. Weil Sulfat mit herkömmlichen Methoden nicht zu filtern ist, müssen die

Frankfurter Wasserbetriebe das Trinkwasser so lange verdünnen, bis die Grenzwerte eingehalten werden. Dazu ging das zwischenzeitlich stillgelegte Wasserwerk Müllrose wieder in Betrieb. Kosten: sechs Millionen Euro. Wer soll die zahlen? Die bundeseigene Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV), die sich um die aufgelassenen Tagebaue kümmert, will sich aus Sorge vor einem Präzedenzfall nicht beteiligen und verweist auf ein in ihrem Auftrag erstelltes Gutachten. Es rechnet das Sulfat im Spreewasser zu 54 Prozent den aktuellen Tagebauen, zu 30 Prozent den ehemaligen Tagebauen und zu 16 Prozent natürlichen Quellen zu. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt ein Gutachten der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Demnach verdreifachten sich in den vergangenen vier Jahren die Sulfatfrachten aus den aktiven Tagebauen des Vattenfall-Konzerns.

Damit gerät die Argumentationslinie der Brandenburger Landesregierung, das Sulfatproblem sei ein vorübergehendes, das mit der Flutung alter Tagebaue seinen Höhepunkt bereits erreicht habe, ins Wanken. Wenn aktive Tagebaue die wesentliche Verantwortung für die Wasserverschmutzung tragen, wie kann man dann neue Tagebaue genehmigen, die weit bis in die zweite Hälfte des Jahrhunderts Sulfat in die Flüsse tragen? Michael Müller kann sich schon einmal darauf vorbereiten, den Berliner Haushalten zu erklären, warum das Berliner Trinkwasser teurer wird, schließlich ist das Wasserwerk in Friedrichshagen das nächste, das die Sulfat-Grenzwerte nicht einhalten kann.



Auf der Leipziger Straße ist die Tram überfällig.

Wachsen mit der Tram

Berlin hat die Chance, auf steigende Einwohnerzahlen mit neuer Verkehrsplanung zu reagieren.

Um 70.000 bis 80.000 Menschen könnte Berlin 2015 wachsen, schätzt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Das macht sich bereits in vollen Bahnen und Bussen bemerkbar. Immerhin darf die BVG seit 2014 ihr Angebot ausweiten, zum ersten Mal seit Jahrzehnten. Zuletzt wurden im Oktober die Takte auf einigen Buslinien (unter anderen M32, M37, M41, 106, 240) verdichtet. Um die Lage grundsätzlich zu entspannen, fehlen aber Busse und Personal. Auf den U-Bahnlinien U6, U7 und U9 fährt die BVG bereits am Limit. Es ist daher Zeit, ein strukturelles Problem des Berliner Nahverkehrs zu beheben: die Straßenbahnlosigkeit im Westen.

Die Achse Leipziger Straße–Potsdamer Platz–Hauptstraße–Steglitz ist ein gutes Beispiel für Verbindungen, die so stark nachgefragt werden, dass die BVG beim besten Willen keine gute Busverbindung anbieten kann. Hier muss ein Busersatzverkehr her: die Tram. Doch die Planung für diese Strecke hat noch nicht einmal begonnen, weil U5 und A100 fast alle Ressourcen beanspruchen, sowohl finanziell als auch personell. Lediglich die Straßenbahn vom Hauptbahnhof nach Moabit ist derzeit tatsächlich in Planung. Der BUND setzt sich bei diesem Vorhaben dafür ein, dass sich die Tram den Platz auf der Straße nicht mit dem Autoverkehr teilen muss, sondern eine eigene Trasse erhält, überwiegend als Rasengleis. Und

es soll die Möglichkeit erhalten bleiben, die Bahn in einem späteren Bauabschnitt westlich in Richtung Mierendorffplatz zu verlängern, nicht nördlich in Richtung Seestraße, wie vom Senat vorgesehen. Dann könnte auch die Verlängerung der U5 in Richtung Jungfernheide und Flughafen Tegel endgültig aus den Plänen gestrichen werden.

Apropos unsinnige Großprojekte: Der Bundesverkehrsminister hat den nächsten Abschnitt der A100 ohne weitere Prüfung als vordringliches Vorhaben in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen, weil bei der Ostkreuz-Sanierung eine Platte als Vorleistung für einen Autobahntunnel unter dem Bahnhof eingebaut wurde. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wird nun die nächsten Jahre beschäftigt sein, Baurecht für die Strecke zwischen Treptower Park und Storkower Straße zu schaffen – und der BUND wird sie nach Kräften daran hindern, das steht fest. Und wenn eine Vorleistung den Anspruch auf späteren Bau schafft, dann müssen jetzt auch die Straßenbahnstrecken über die Oberbaumbrücke und über die Leipziger Straße vordringlich gebaut werden, schließlich liegen dort schon lange Schienen.



Links die S1, mittig die Baustraße über den Stammbahngleisen, rechts der Crellewald, im Hintergrund die Langenscheidtbrücke

Nur Natur kann Natur ersetzen

Ein Urteil zwingt die Berliner Behörden, Landschaftseingriffe künftig korrekt zu kompensieren.

Das Naturschützer gegen Straßenbaupläne vorgehen, passiert immer wieder, was angesichts des autofixierten Treibens in den Verkehrsministerien dieser Republik auch nicht weiter verwunderlich ist. Aber wenn sie eine Behörde gerichtlich daran hindern, einen Rad- und Fußweg anzulegen, dann horcht die interessierte Öffentlichkeit doch einmal auf. So geschehen im Februar 2015, als der BUND das Verwaltungsgericht Berlin einschalten musste, um vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg veranlasste Arbeiten im Wannseebahngraben zu stoppen. Allerdings ging es nicht darum, das Vorhaben als solches zu verhindern, denn den „Multifunktionsweg“ auf den derzeit ungenutzten Gleisen der Stammbahn entlang der S1 zwischen den Stationen Yorckstraße und Julius-Leber-Brücke hält auch der BUND für eine sinnvolle Zwischennutzung, bis die Stammbahn wieder eines Tages als Regionalbahn vom Potsdamer Platz über Zehlendorf und Kleinmachnow nach Potsdam fährt. Allerdings besteht der BUND auf eine ordentliche Planung, sowohl inhaltlich als auch formal.

Inhaltlich hatte der Plan des Bezirksamts das Manko, mehr als 90 Bäume des sogenannten Crelle-Urwalds auf Höhe des Crellemarktes roden zu wollen. Grund: Ein Kabelkanal zwischen den zu überbauenden alten Gleisen und der Böschung. Während auf den anderen Abschnitten des Wannseebahngrabens der Weg problemlos zwischen den durch einen Zaun gesicherten S-Bahngleisen und jenem Kabelkanal auf der alten Bahntrasse verläuft, sollte er nach Auffassung des Bezirksamts auf einem rund 200 Meter langen Stück auf die vegetationsbestandene Böschung verschwenkt werden – weil der Platz zwischen S-Bahn und Kabelkanal zu schmal sei. Dabei verläuft dort heute bereits eine Baustraße der DB AG, die lediglich asphaltiert werden müsste.

Formal war das Vorgehen des Bezirksamts aus mehreren Gründen unhaltbar. Zum einen fehlte mit einem verabschiedeten Bebauungsplan die rechtliche Grundlage für die Gestaltung der Grünfläche im Wannseebahngraben. Zum anderen hätte der Bezirk ein naturschutzfachliches Eingriffsgutachten vorlegen müssen, das klärt, inwieweit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen notwendig sind. Außerdem hatte die Behörde versäumt, bei den zu fallenden Bäumen zu prüfen, ob sie von Höhlenbrütern bewohnt wurden. Jenseits dieser rechtlichen Fragen bedenklich: Die Bezirksverwaltung hatte einen von über 1.000 Menschen unterstützten Einwohnerantrag für die naturschonende Alternative ignoriert.

Ende September hat das Verwaltungsgericht entschieden, dass Maßnahmen dieser Größenordnung ein Eingriff in die Natur sind, die einer Beteiligung eines anerkannten Naturschutzverbands bedürfen. Vor allem stellten die Richter klar, dass Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen funktionsbezogen erfolgen müssen. Das bedeutet: Wenn gefällt und versiegelt wird, muss an anderer Stelle neu gepflanzt und entsiegelt werden. Genau das wollte das Bezirksamt vermeiden, indem es den Multifunktionsweg als Verbesserung von Landschaftsbild und Erholung mit der verlorengegangenen Natur verrechnete. Nun ist das Bezirksamt gefordert, gemeinsam mit dem BUND und der DB AG, der die Stammbahntrasse gehört, eine Lösung zu finden, die die Vegetation im Wannseebahngraben schon und gleichzeitig der Bevölkerung diese grüne Oase in nicht allzu ferner Zukunft zugänglich macht. sp

Nein zur dritten Startbahn

Jetzt per Volksbegehren die BER-Erweiterung verhindern!

Obwohl bei der Flughafenattrappe im Südosten Berlins eine Panne nach der anderen publik wird, mehren sich die Stimmen, die schon vor der Eröffnung vor erschöpften Kapazitäten am BER warnen und einen vorsorglichen Ausbau fordern. Diesen von steigenden Passagierzahlen in Tegel und Schönefeld befeuerten Ambitionen will ein breites Bündnis von Fluglärmgegnern, zu dem auch der BUND gehört, die Grundlage entziehen und organisiert ein Volksbegehren. Dieses fordert den Brandenburger Landtag auf, ein Gesetz zu verabschieden, das ausschließt, den BER über die im Planfeststellungsbeschluss genehmigte Größe hinaus zu erweitern. Das bedeutet konkret: Der neue Flughafen darf nicht mehr als zwei Start- und Landebahnen haben und die Abfertigungskapazitäten sollen nicht mehr als 360.000 Flugbewegungen im Jahr erlauben. Das Volksbegehren funktioniert genauso wie das Volksbegehren gegen Massentierhaltung: Damit es Erfolg hat, müssen 80.000 Menschen bis zum 18.2.2016 auf ihren jeweiligen Gemeindeämtern oder per Briefwahl unterschreiben.

Informationen zum Volksbegehren und einen einfach auszufüllenden Antrag für die Briefwahlunterlagen gibt es unter www.stimme-gegen-fluglaerm.de



BUND stoppt Eierfabrik

Erfolg in zweiter Instanz: Auch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gibt dem BUND Recht, der gegen die Genehmigung eines Megastalls für knapp 40.000 Legehennen im uckermärkischen Zolchow geklagt hatte. Die Richter monierten unter anderem, dass die Genehmigungsbehörde nicht die kumulierenden Wirkungen eines in unmittelbarer Nähe gelegenen Hühnerstalls mit ebenfalls etwas weniger als 40.000 Tieren berücksichtigt hatten. Auch gegen die zweite Anlage läuft ein Widerspruchsverfahren.

Schöneberger Begegnungszone

Die Maaßenstraße zwischen Nollendorffplatz und Winterfeldplatz ist seit Oktober Berlins erste „Begegnungszone“: Hier wird mit Straßenverengung und Tempo 20 getestet, wie sich die friedliche Koexistenz von Fuß-, Rad- und Autoverkehr im Stadtverkehr realisieren lässt. Vor allem Fußgänger sollen mehr Raum gewinnen, auch wenn der Autoverkehr formal noch Vorrang hat. Weitere Begegnungszonen sind in der Bergmannstraße und am Checkpoint Charlie geplant. Mehr dazu in der nächsten BUNDzeit.

Wenn schon Online-Shopping ...

... dann über boost. Dieses Portal führt zu mehreren hundert Online-Händlern, von Platzhirschen bis Spezialisten. Für jeden Kauf, der dank der Verlinkung bei boost zustande kommt, zahlt der jeweilige Händler eine kleine Provision an eine gemeinnützige Organisation – ohne dass es für die Kunden teurer wird. An wen gespendet werden soll, können die Kunden bei boost bestimmen. Wenn Sie den BUND unterstützen wollen, starten Sie Ihren nächsten Online-Einkauf einfach über www.BUND-Berlin.de/boost



Tipps

Foodsharing in Schöneberg

Tonnenweise landen genießbare Lebensmittel im Abfall. Das will die Foodsharing-Bewegung ändern, die sammelt und kostenlos anbietet, was der Handel aussortiert (ausgenommen ist nur leicht Verderbliches wie Fisch, Fleisch und zubereitete Speisen). Ab sofort gibt es eine neue Verteilstelle, einen sogenannten FairTeiler, in den Räumlichkeiten des BUND Berlin, Crellestraße 35, Berlin-Schöneberg, geöffnet Montag, Dienstag und Donnerstag 10-13 Uhr und 14-17 Uhr, Mittwoch und Freitag 10-13 Uhr. Was ihr tun könnt, um selbst Foodsaver zu werden und Lebensmittel vor dem Wegwerfen zu retten, erfahrt ihr unter www.foodsharing.de

Aktionsteam zur „Wir haben es satt“-Demo

Du findest die derzeitige Form der industriellen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion auch doof und willst was ändern? Dann ist die „Wir haben es satt“-Demo im Januar 2016 genau das Richtige für dich. Wir bilden ein Aktionsteam, um gemeinsam dafür zu mobilisieren und weitere Aktionen rund um die Demo zu planen. Macht mit! Das erste Treffen ist Ende November. Genauer Termin und weitere Infos unter berlin.BUNDjugend.de oder schreibe eine Mail an paul@BUNDjugend-berlin.de

Neue Jugendgruppe in Brandenburg

Alle Umwelt- und Naturschutzinteressierten zwischen 14 und 20 Jahren sind herzlich zum ersten offenen Treffen der neuen Jugendgruppe in Potsdam eingeladen. Dabei geht es darum, welche Interessen die Teilnehmenden haben und welche Projekte sie zusammen mit Gleichgesinnten verwirklichen wollen. 23.11.2015, 15-17 Uhr, Freiland Club Mitte (SPI), Haus 4, Friedrich-Engels-Straße 22, Potsdam

Weitere Infos findet ihr unter brandenburg.BUNDjugend.de

Von wegen vegetarisch ...

Die Kennzeichnungspflicht für tierische Bestandteile in Lebensmitteln oder tierische Stoffe, die für die Verarbeitung von Lebensmitteln verwendet werden, ist immer noch lückenhaft. So versteckt sich manchmal „Tier“ in Produkten, wo man es nicht vermuten würde.

Gelatine für Saft und Wein

Bei Saft und Wein denkt man an gepresste Früchte und Eichenfässer, aber hier wird auch Gelatine zum Filtern und Klären benutzt. Gelatine ist ein Gemisch aus Proteinen, das aus Haut oder Knochen von Tieren gewonnen wird. Außerdem ist oft Schweine- oder Fischgelatine als Trägerstoff für Vitamine in Säften enthalten. Das steht wegen der geringen Mengen nicht auf der Flasche. Immerhin: Valensina setzt Gelatine seit Kurzem nicht mehr ein, die Verbraucherproteste haben hier also gewirkt!



© Scott Bauer/USDA

Schwein und Wild in der Chipspackung

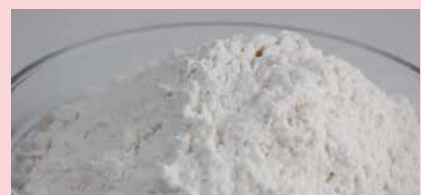
Geringe Mengen von Geflügel-, Schwein- und Wildfleisch verwenden einige Hersteller als Geschmacksverstärker für Chips. Nach Aussagen der Verbraucherschutzorganisation foodwatch setzt beispielsweise Funny-frisch tierische Stoffe als „Aroma“ ein, etwa für „Chipsfrisch ungarisch“, „Frit Sticks ungarisch“ und „Erdnuss Piccos“. Eine klare Listung der tierischen Bestandteile bei den Inhaltsstoffangaben gibt es jedoch nicht.



© Evan Amos

Mehl und Schweineborsten

Auch für die Verarbeitung von Zutaten werden oft tierische Bestandteile benutzt, die man in keiner Zutatenliste finden wird. Cystein kommt meistens von Schweineborsten oder Federn und hilft bei der Mehlbehandlung, damit es besser weiterverarbeitet werden kann. Synthetische Alternativen sind auf dem Markt, aber bis jetzt teurer als die tierische Variante. Aus diesen Gründen setzen wir uns auch für eine konsequente Kennzeichnungspflicht ein.



© veganbaking

Anne-Sophie Rebner Mehr Info bei foodwatch unter www.kurzlink.de/versteckte-tiere

Aktiv werden gegen Massentierhaltung

Das Tierleid in der Massentierhaltung, die Verwendung von Antibiotika in der Mast und die vielen ungunstigen Folgen für die Umwelt, die die Tierproduktion hat, gehen uns alle an und haben direkte Auswirkungen auf unseren Alltag. Umso wichtiger ist es deshalb, dass jeder Einzelne dagegen aktiv wird. Wie kreativ solche Aktivitäten sein können, zeigen wir hier.

Aktionen auf der Straße

Für eine Aktion der BUNDjugend NRW legen sich vier Jugendliche in Unterwäsche und eingepackt in Plastikfolie auf den Marktplatz, wie Hähnchen in der Frischfleischtheke. So protestieren sie gegen die unwürdigen Haltungsbedingungen, Antibiotikamissbrauch und die Umweltschäden durch Tierfabriken. Um in dichtgedrängten Fußgängerzonen Aufmerksamkeit zu erregen, sollte man aus der Masse herausstechen. Was wäre dafür besser als Tierkostüme? Aktive der BUNDjugend Berlin sind so schon als Schweine, Kühe und Hühner verkleidet über den Alexanderplatz gezogen, um die Passanten*innen mit Bildern und weiterem Infomaterial auf die Probleme der Massentierhaltung aufmerksam zu machen. Leihen kann man sich die Kostüme übrigens bei der BUNDjugend (www.BUNDjugend.de/shop/kostuemerverleih).

Sticker kleben und Flyer auslegen

Wer die eigene Unterstützung für nachhaltige Landwirtschaft auch im Alltag zeigen will, kann einfach einen Sticker gegen Massentierhaltung anbringen. Zum Beispiel am Schulranzen oder am Fahrrad. Einige Aktivist*innen nutzen die Sticker auch im Supermarkt, um auf Tierrechte aufmerksam zu machen. So landen Aufkleber beispielsweise auf Kartons mit Eiern aus Käfighaltung oder auf Schokoladeprodukten. Für mehr Bewusstsein im Umfeld kann man aber auch durch Verteilen und Auslegen von Flyern sorgen, etwa beim Frisör oder bei der Buchhändlerin. Auch viele kleine Läden und Cafés haben extra Auslagen für Infobroschüren. Woher bekommt man Flyer und Sticker? Zum Beispiel auf der „Wir haben es satt“-Demo!

Kommt zur „Wir haben es satt“-Demo

Für die oben erwähnten und ähnliche Aktionsformen ist die „Wir haben es satt“-Demo am 16. Januar 2016 in Berlin die perfekte Gelegenheit! Hier protestieren jedes Jahr Imkerinnen, Bauern, Bäckerinnen, Biohersteller, Winzerinnen, Schäfer und 50.000 weitere Tier- und Umweltschuttfreunde gegen industrielle Landwirtschaft. Durch Infostände, Flyer und direkten Kontakt zu Aktiven gibt es bei der Demo Denkanstöße und neue Perspektiven zum Thema tierfreundliche Lebensmittelproduktion. Und das Beste: Wir, die BUNDjugend, haben ein Team für begleitende Protest- und Mobilisierungsaktionen. Macht mit! Infos dazu gibt's links in der Randspalte.

Konsumverhalten ändern

Neben den genannten Aktionen macht selbstverständlich das eigene Konsumverhalten einen großen Unterschied. Warum nicht einfach häufiger mal ganz auf tierische Produkte verzichten? Vegan zu kochen, ist leichter und leckerer, als mancher vielleicht denkt, und tut nicht nur den Tieren gut. Wer auf Fleisch nicht verzichten möchte, sollte sich über die Herkunft des Produkts informieren und statt auf billig besser auf bio und regional setzen.

Anne-Sophie Rebner, Lucia Bilgenroth, Tommy Tech, Georg Liebig, Björn Obmann



© BUNDjugend Berlin



© Sebastian Perich

Der Eichwerder Steg ersetzte eine Steinbrücke, die zu schwer für den weichen Untergrund war.

Die Eichwerder Moorwiesen

Am nördlichen Stadtrand von Berlin mäandert das Tegeler Fließ durch eine bemerkenswerte Moorlandschaft.

Na bitte, da ist er. Keine zehn Minuten flanieren man nun am Ufer des Tegeler Fließes entlang – und schon zeigt sich der erste Graureiher. Er steht in seiner typischen lauernden Haltung auf einem Bein anderthalb Meter vom Ufer entfernt, von uns nur durch das Gewässer getrennt. Offensichtlich weiß er, dass ihm von uns keine Gefahr droht. Hat er uns überhaupt bemerkt? Erst der Blick durch das Teleskop bringt Gewissheit: Das Viech ist ein Fake, vermutlich zur Passantenbelustigung aufgestellt. Aber kein Grund zum Ärger, denn es ist nahezu unmöglich, hier spazieren zu gehen, ohne den einen oder anderen Vogel zu sehen. Der Berliner Teil der Tegeler Fließes, rund 15 Kilometer, ist als Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet) und Europäisches Vogelschutzgebiet (Special Protection Area, SPA) gemeldet. Neben dem Graureiher halten sich unter anderem Eisvogel, Grünspecht, Stieglitz und Zaunkönig hier auf. Viele der hier heimischen Vögel haben sich über den Winter allerdings in den Süden abgesetzt, etwa Nachtigall, Bachstelze, Teichrohrsänger, Kuckuck, Rohrammer, Gelbspötter und Pirol.

Der Barnimer Dörferweg, der über 32 Kilometer vom Tegeler Hafen bis nach Ahrensfelde führt, verläuft bis zum Köppchen-see, dem Endpunkt unserer Tour, parallel zum Tegeler Fließ. Wir starten allerdings nicht in Tegel, sondern in Hermsdorf. Vom gleichnamigen S-Bahnhof folgen wir der Heinesstraße, um direkt hinter der platzartigen Brandtstraße links auf einen Holzpfad einzubiegen, der die S-Bahn unter- und das Tegeler Fließ ein erstes Mal überquert. Nun gilt es nur noch, unbeschadet über den Oraniendamm zu kommen, ihm wenige Meter nach links zu folgen, bis es kurz nach einer Brücke nach rechts in einen Wanderweg geht. Das von Erlenbrüchen gesäumte Ufer macht einen für Berliner Verhältnisse recht naturnahen Eindruck, nur der rege Radverkehr deutet darauf hin, dass wir uns in einer besiedelten Gegend befinden. Nach einem Wechsel der Uferseite passieren wir die Graureihertrappe und erreichen den Hermsdorfer See. Der See war schon einmal wesentlich größer. Nach der letzten Eiszeit vor 15.000 Jahren war das Fließtal mit Schmelzwasser gefüllt und verlandete und vermoorte über die Jahrtausende. Um 1450 entstanden am Tegeler Fließ die ersten Mühlen, die das Tal jahrhundertlang prägen sollten. Durch ihr angestautes Wasser entstand der Hermsdorfer See.

Etwa einen Kilometer östlich des Hermsdorfer Sees bildet das Tegeler Fließ die Landesgrenze. Das macht sich in der Landschaft bemerkbar. Während auf der (West-)Berliner Seite bald

die Wiesen beginnen, die die Pferde aus dem Reiterdörfchen Lübars ernähren, dominieren auf der Brandenburger Seite Erlen, Weiden und Schilf, weil nach dem Mauerbau 1961 die dortigen Bauern aufhörten, die Moorwiesen zu mähen. Wo die Grenzen lagen standen, erkennt man heute kaum mehr: rund 50 Meter östlich des Eichwerder Stegs. Diese Holzbrücke verläuft das Fließ querend einen Meter über dem Boden durch die leicht bewaldete Moorlandschaft und bietet spektakuläre Aussichten. Der Name Eichwerder stammt vermutlich von einem Damm, der statt der Holzbrücke Lübars und Hermsdorf verband und der mit Eichen bepflanzt war. Biegt man hinter dem Steg rechts ab, beginnt – nun auf Brandenburger Boden – erneut ein erhöht angelegter Weg; der erst vergangenen Mai angelegte Moorerlebnispfad Eichwerder Moorwiesen. Nach rund drei Kilometern knickt der Pfad nach Süden ab und überquert wieder das Tegeler Fließ und damit den früheren Mauerstreifen. Linkerhand liegt der Köppchensee, das Herz des Naturschutzgebiets „Niedermoorwiesen am Tegeler Fließtal“. An der nächsten Kreuzung haben wir die Wahl: links den Barnimer Dörferweg durch die Niedermoorwiesen nach Blankenfelde nehmen, geradeaus auf dem Lübarser Weg dem ehemaligen Grenzstreifen folgen (zwei Kilometer bis zum Mauerpark) – oder rechts abbiegen, um den Ausflug mit einer Einkehr im Alten Dorfkrug Lübars zu beenden.

Lübarser Weg und Barnimer Dörferweg sind zwei der 20 grünen Hauptwege durch Berlin. Mehr dazu unter: www.gruene-wege-berlin.de

Blick auf das Tegeler Fließ flussabwärts, im Rücken den früheren Todesstreifen



Was bleibt, wenn wir gehen?

Almuth Wenta
Telefon (030) 27 58 64 74
E-Mail: almuth.wenta@bund.net
www.bund.net/Testament

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Mitmachen

Honig und Apfelsaft

Die Ernte 15 auf der BUND-Streubstwie in Stahnsdorf war gut, sowohl bei Äpfeln als auch bei Honig. Apfelsaft (Goldpärmäne, Landsberger Renette, mit und ohne Birnenbeimischung) und erstmals Honig, der aus den Blüten der Streubstwieenbäume gewonnen wurde, gibt es nun im BUNDladen zu kaufen (so lange wie der Vorrat reicht). Die 3-Liter-Packung Apfelsaft kostet 6€, ab zwei Packungen 5€. 300 Gramm Honig kosten 5€. Die Erlöse kommen dem BUND zugute. Kein Versand! BUND-Brlin e. V., Crellestraße 35, Berlin-Schöneberg, geöffnet Montag, Dienstag und Donnerstag 10-13 Uhr und 14-17 Uhr, Mittwoch und Freitag 10-13 Uhr

Ausflugspanner naturtrip.org

Für alle, die zwar wissen, was sie in ihrer Freizeit machen wollen, aber nicht wo, gibt es ein hilfreiches neues Tool bei der Entscheidungsfindung. Bei naturtrip gibt man den eigenen Standort ein, wählt die maximale Fahrtdauer und eine der Hauptkategorien (Sport, Kinder, Tiere, Wellness, Wasser, Kultur, Essen, Übernachtung, Rad und Wandern) oder eine der Detailkategorien. Jetzt gilt es nur noch, das Verkehrsmittel zu bestimmen (zu Fuß, ÖPNV, Rad, ÖPNV plus Rad) und schon schlägt die Karte eine Reihe Ziele vor. Nie waren Ausflüge ohne Auto einfacher. www.naturtrip.org

Filmreihe Stadtnatur

Das Museum Pankow am Wasserturm zeigt drei Filme zum Thema Stadtnatur mit anschließender Diskussion: More than Honey (12.11.2015), Sprechende Gärten (3.12.2015), Im Himmel, unter der Erde (14.1.2016). Jeweils 19 Uhr, Museum Pankow am Wasserturm, Prenzlauer Alle 227/228, Berlin-Prenzlauer Berg, Eintritt frei

Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V. Crellestr. 35 10827 Berlin www.BUND-Berlin.de und Landesverband Brandenburg e.V. Friedrich-Ebert-Str. 114a 14467 Potsdam www.BUND-Brandenburg.de

Kontakt

Tel. 030 787900-0 E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de www.BUNDzeit.de

Redaktion

Sebastian Petrich (sp) Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.

Marketing

Thorsten Edler Vertriebsunterstützung: primeline.berlin gmbh Marienburger Straße 16 10405 Berlin

Anzeigen

Tel. 030 787900-42 E-Mail: anzeigen@BUNDzeit.de

Druck

apm alpha print medien AG Kleyerstraße 3 64295 Darmstadt www.apm.ag

Gestaltung

sujet.design www.sujet.de/sign

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Auflage

30.000 Gedruckt auf Ultra Lux semiglos, 100% Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Anfang Februar 2016. Anzeigenschluss ist der 18. Dezember 2015.

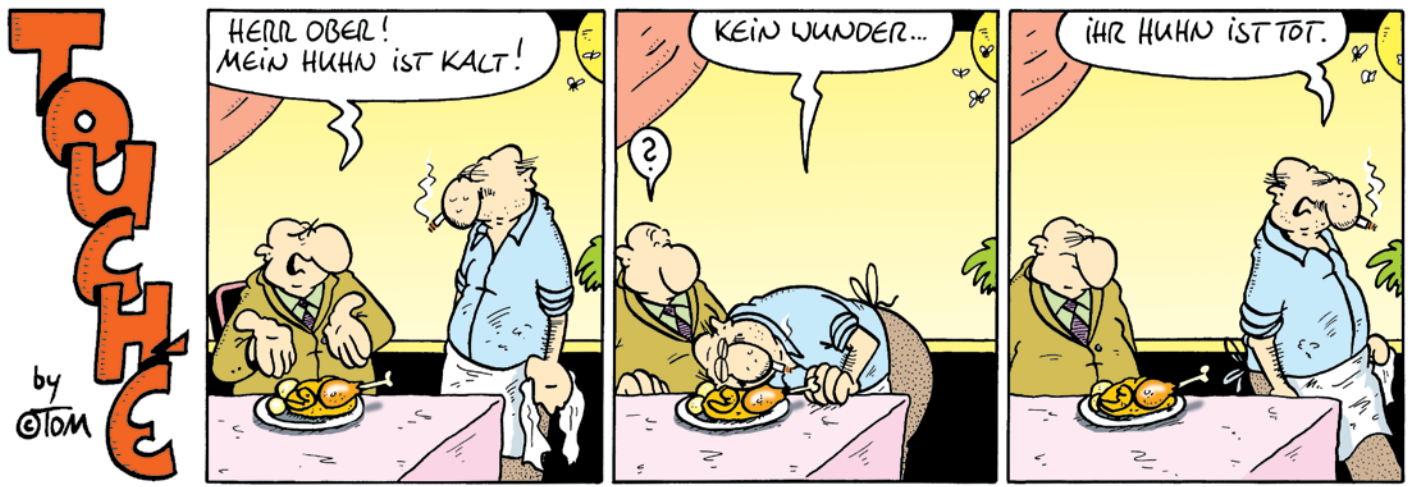
Spendenkonto

BUND Berlin Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE51 1002 0500 0003 2888 00 BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg GLS Bank IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00 BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftsteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de

KURZ & BUND



Antibiotika in Zahlen

Zu Testzwecken gekaufte Putenfleischstücke bei einer bundesweiten BUND-Stichprobe Ende 2014 bei ...

- ... Aldi: **11** ... Lidl: **12**
- ... Netto: **12** ... Penny: **11**
- ... Real: **11**

Dabei Labornachweise von antibiotikaresistenten ESBL- und/oder MRSA-Keimen bei Putenfleischstücken von ...

- ... Aldi: **11** ... Lidl: **11**
- ... Netto: **9** ... Penny: **9**
- ... Real: **10**

Von der Pharmaindustrie an Tierärzte abgegebene Menge Antibiotika (2014) ...

- ... im PLZ-Bereich 15 (Südostbrandenburg), in Tonnen: **5-10**
- ... im PLZ-Bereich 14 (Südwestbrandenburg), in Tonnen: **10-30**
- ... im PLZ-Bereich 16 (Nordbrandenburg), in Tonnen: **30-50**
- ... im PLZ-Bereich 49 (westliches Niedersachsen), in Tonnen: **500-600**
- ... bundesweit, in Tonnen: **1.238**

Veränderungen der Arzneimittelvergabe im Veterinärwesen 2014 gegenüber 2011 ...

- ... Antibiotika insgesamt, in Tonnen: **-468**
- ... für die Humanmedizin besonders wichtige Antibiotika (Flourchinolone, Cephalosporine der 3. und 4. Generation), in Tonnen: **+4,2**
- ... Antibiotika im PLZ-Bereich 16, in Tonnen: **+15**

Quellen: BUND-Stichproben (www.BUND.net/antibiotika-resistenzen), Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, BUND-Zählung, Landesregierung Brandenburg

In Brandenburg gehaltenes Nutzvieh ...

- ... Rinder (inkl. Milchkühe): **568.000**
- ... Schweine: **851.000**
- ... Schafe: **77.000**
- ... Hühner (inkl. Legehennen): **8.501.000**
- ... Enten: **807.000**
- ... Truthühner: **1.382.000**

Massentierhaltungsanlagen in Brandenburg (inkl. Milchviehhaltung) ...

... **656**

Mastbetriebe in Brandenburg, die im 2. Halbjahr 2014 keinen Antibiotikaeinsatz gemeldet haben* ...

- ... **214**
- *Viehhalter sind gesetzlich verpflichtet zu melden, ob sie Antibiotika verabreicht haben und wenn ja, welche Präparate und wie lange. Setzen sie keine Antibiotika ein, müssen sie nichts melden. Ob das stimmt, wird nicht kontrolliert.

Brandenburger Mastbetriebe, die aufgrund der Menge ihrer gemeldeten Antibiotikaeinsätze verpflichtet sind, einen Aktionsplan zur Reduzierung der Medikamentenvergabe vorzulegen ...

... **141**

Stimmberechtigte in Brandenburg, ...

- ... die 2014 für die Volksinitiative gegen Massentierhaltung unterschrieben haben: **39.000**
- ... die das Volksbegehren gegen Massentierhaltung bis Mitte Januar 2016 unterschreiben müssen, damit es erfolgreich ist: **80.000**

Gewinnspiel: BIO kommt mir in die Tasche

Lösen Sie unser kleines Quiz rund um gesundes Essen und gewinnen Sie schmackhafte Preise! Alles, was Sie wissen müssen, um die Fragen zu beantworten, (und vieles mehr) finden Sie unter www.BUND-Berlin.de/bio **Einsendeschluss ist der 15.12.2015.** Sie können auch unter www.BUND-Berlin.de/bio online miträtseln.

- 1. Preis:** Einen Monat lang die BIO-Kiste mit frischem, saisonalen Obst und Gemüse aus der Region - wöchentlich nach Hause geliefert
- 2. Preis:** Das Klima-Kochbuch mit Rezepten, die gesundes und umweltfreundliches Essen schmackhaft machen
- 3. Preis:** Kiste mit köstlichem BIO-Apfelsaft von unserer BUND-Streuobstwiese in Stahnsdorf

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Durchforsten unserer Seite und viel Glück!

1. Wie heißt das weltweit meistgespritzte Pflanzengift?

- Methanal Tritiumoxid Glyphosat

Tipp: Suchen Sie unter www.BUND-Berlin.de/bio in der Rubrik Fünf gute Gründe für BIO

2. Wie heißt das Bündnis gegen industrielle Landwirtschaft, das jährlich zu Großdemonstrationen in Berlin aufruft?

- Wir haben es satt!
- Tierfabriken? Nein Danke!
- Für eine Welt ohne Massentierhaltung

Tipp: Suchen Sie unter www.BUND-Berlin.de/bio in der Rubrik BIO in Berlin-Brandenburg

3. Wer sind die "Ökonauten"?

- eine BIO-Guerilla-Gruppe in Berlin
- eine Genossenschaft, die solidarische Landwirtschaft betreibt
- eine vegane Supermarktkette

Tipp: Suchen Sie unter www.BUND-Berlin.de/bio, Rubrik Was man sonst noch tun kann

Vorname: _____
 Nachname: _____
 E-Mail: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____

- Bitte nehmen Sie meine E-Mailadresse in den BUND-Newsletterverteiler auf
- Bitte senden Sie mir Infos über die Arbeit des BUND Berlin e. V. per Post

Bitte schicken Sie Ihre Lösung an

BUND Berlin e. V. , Crellestraße 35, 10827 Berlin

Datenschutzhinweis: Die im Rahmen dieses Formulars erhobenen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke erfasst und können - ggf. durch Beauftragte des BUND Berlin e. V. - auch zu vereinsbezogenen Informationszwecken genutzt werden.

Ich will die Arbeit des BUND unterstützen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (mind. 50€ _____)
- Familie (mind. 65€ _____)
- Ermäßigt (mind. 16€ _____)
- Lebenszeitmitglied (einmalig mind. 1.500€ _____)

Name/Vorname _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) _____
 Telefon (wenn Sie möchten) _____
 E-Mail (wenn Sie möchten) _____

Ich will den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin erhalten.

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem _____

- monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
- bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Bitte schicken Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

BUND Berlin • Crellestr. 35 • 10827 Berlin • Fax 030 78790018 • kontakt@BUND-Berlin.de
BUND Brandenburg • Friedrich-Ebert-Str. 114a • 14467 Potsdam • Fax 0331 23700145 • BUND.brandenburg@BUND.net

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland



KontoinhaberIn _____
 IBAN (oder Konto-Nr.) _____
 BIC (oder Bankleitzahl) _____
 Geldinstitut/Ort _____

X _____
 Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)
 BUND Gläubiger-ID: DE34ZZZ00000103826

Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie dem BUND ein SEPA-Lastschriftmandat mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Bestätigung und alle notwendigen Informationen (insbesondere Kontaktdaten sowie die Zusammenfassung der Zahlungsinformationen) erhalten Sie mit Ihrem Begrüßungspaket.

Der Widerruf ist jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich. Ihre persönlichen Daten werden elektronisch erfasst und können - gegebenenfalls durch Beauftragte des BUND e. V. - auch zu Informations- und Werbezwecken für die Umwelt- und Naturschutzarbeit des BUND genutzt werden. Ihre Daten werden selbstverständlich nicht an Dritte weitergegeben.